



JUNG+LIBERAL

Das Mitgliedermagazin der Jungen Liberalen



Jugend International

Die aktuelle Shell Jugendstudie beschreibt sehr schön die Lebensrealität junger Menschen in Deutschland. Doch wie sieht die Lebensrealität junger Menschen in anderen Teilen der Welt aus? Das Internationale Komitee hat persönliche Erfahrungen zusammengestellt.

Syrien

Er sitzt entspannt auf meinem Sofa, wir trinken viel zu starken Kaffee und diskutieren über Camus' „Der Fall“. Aus Leidenschaft haben wir uns in Trance geredet. Dann der Einschnitt. Er fängt an, aus seinem Leben vor Deutschland zu berichten. Wir streiten nicht mehr über den Narzissmus-Grad der Hauptfiguren von Nobelpreisträgern. Er erzählt von Syrien. Als er 2014 nach Deutschland kam, war in seiner Heimatstadt Douma – einen Steinwurf von Damaskus entfernt – Studieren unmöglich geworden. Er schildert Schikanen auf offener Straße, wie er an einem der zahlreichen Checkpoints verhaftet wurde, zeigt Fotos von zerstörten Nachbarschaften und beschreibt die Angst um seine Familie in Syrien. In Deutschland führt er ein ganz normales Leben, studiert Chemie, interessiert sich für Theater und redet mit seinen Freunden eben gern über Bücher. Und doch gibt es eine ganz andere, schwermütigere Seite an ihm. Diejenige, die in Erinnerungen gefangen und besorgt um die Familie ist. Die nicht weiß, wie alles weiter geht. Das Wichtigste, sagt er, ist Frieden, Gesundheit, Liebe.

MICHAELA CICHON ist Mitglied im Internationalen Komitee und leitet die Gruppe Naher Osten/Nordafrika. CICHON@JULIS.DE

Dänemark

Am 3. Dezember 2015, haben die Dänen in einer Volksabstimmung über die Abschaffung ihrer Ausnahmeklausel für den Bereich Innen- und Recht in den EU-Verträgen abgestimmt. Diese und andere Klauseln wurden den Dänen gewährt, nachdem sie den Vertrag von Maastricht 1992 in einem Referendum zunächst abgelehnt hatten. Das Ergebnis vom Donnerstag: 53 Prozent der Wähler stimmten mit Nej. Was bedeutet, dass für die Lebensrealitäten junger Menschen? Ändern wird sich erstmal nicht viel. Dänemark muss nun einen neuen Vertrag aushandeln, um weiterhin bei EUROPOL, der europäischen Polizeibehörde, dabei zu sein. Entscheidender ist jedoch die Symbolwirkung des Referendums. Wirtschaftlich geht es Dänemark blendend, trotz oder gerade wegen der EU. So hatten im Oktober nur Deutschland und Österreich eine geringere Jugendarbeitslosenquote. Und trotzdem bleiben die Dänen der EU gegenüber skeptisch. Die kostenlose Zeitung Metro druckte am Tag nach dem Referendum eine Anleitung zum Basteln eines Nej-Hutes.

MITJA SCHULZ ist Mitglied im Internationalen Komitee und leitet die Gruppe Europa. MITJA.SCHULZ@JULIS.DE

Internetzensur in China

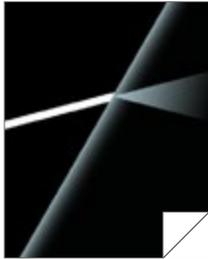
Aufgrund der massiven Internetzensur können die Menschen, die sich in China aufhalten, Websites wie Google oder Facebook nicht aufrufen. Da diese jedoch ein integraler Bestandteil unseres Lebens sind, verwenden viele Chinesen ein Virtual Private Network (VPN), ein Programm, das den Internetverkehr über einen Server im Ausland umleitet. Das verlangsamt jedoch die Verbindungsgeschwindigkeit deutlich. Welche Bedeutung Facebook und besonders Google in meinem Alltag haben, habe ich am Anfang meines Aufenthaltes in China, ohne VPN Zugang festgestellt. Die Probleme entstanden als ich mir die wichtigste Kommunikationsapp in China, „Wechat“, herunterladen wollte. Da ich den Google Play Store nicht aufrufen konnte, habe ich versucht die App über eine andere Internetseite herunterzuladen. Die Version der App war zu alt für die Verwendung und brachte mir zudem einen Virus auf das Handy. Nach dem Zurücksetzen auf Werkseinstellung war ich nicht mehr in der Lage mit irgendjemanden digital zu kommunizieren.

GEORG LANDWEHRMANN ist Mitglied in der Asien Gruppe des Internationalen Komitee. GEORG.LANDWEHRMANN@T-ONLINE.DE



NOCH FRAGEN?

Bei Fragen zu unserer internationalen Arbeit steht Dir unser International Officer, Katharina (schreiner@julis.de) oder das Internationale Komitee (intkom@julis.de) gerne Rede und Antwort.



6-7

Wer bin ich und wenn ja – wie viele?

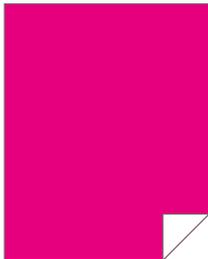
Integration geht nur ohne Zwang. Gebt die Staatsbürgerschaften frei und lasst die Jugend in Deutschland das Leben leben, dass sie gerne haben möchten.



8-9

Talking about my Generation Y

Insgesamt gibt wenig Grund, Angst vor der Zukunft zu haben. Gerade für all diejenigen, die bereit sind, in ihre Fähigkeiten zu investieren wird der Arbeitsmarkt von Morgen mehr Chancen bieten als jeder Generation zuvor.



10-11

„Setzen, sechs!“

Grundsätzlich muss gelten: Jeder, der das schulpflichtige Alter hinter sich gelassen hat, sollte einen Abschluss haben.



22-23

Israel verstehen lernen

Auf Einladung der israelischen Botschaft waren Ende November 180 junge Menschen aus Deutschland in Jerusalem und Tel Aviv.

- 2 Jugend International
- 3 Inhalt / Editorial
- 4 Zur Sachlichkeit verurteilt
Die Flüchtlingspolitik der JuLis
- 6 Wer bin ich und wenn ja – wie viele?
- 8 Talking about my Generation Y
Ein Plädoyer für mehr Gelassenheit!
- 10 „Setzen, sechs!“
- 12 Können wir Subkultur?
Vom Versuch der Politik cool zu sein.
- 14 Sharing is Caring?
- 16 Digitale Bildung für alle!
- 18 Mobilität im Wandel
- 20 Die Geschichte von Kiron
Flüchtlingskrise als Chance für die Gesellschaft und die Liberalen
- 22 Internationale Seite
- 23 Impressum

EDITORIAL

Liebe JuLis,

Was bewegt uns heute und morgen?

Das Jahr neigt sich dem Ende zu. Ein ereignisreiches Jahr. Ein Jahr, das in seiner Gesamtheit unsere Lebenswirklichkeit maßgeblich beeinflusst hat und zukünftig beeinflussen wird. Mit uns meine ich die so genannte Generation Y, bzw. Z. Zur Erklärung: Laut Definition schließt die „Gen Y“ alle Menschen ein, die bis 1998 geboren wurden, die heranwachsende „Gen Z“ die danach geborenen Jugendlichen. Was aber bedeutet Leben für uns im Jahr 2015? Ein Leben in dem Digitalisierung schon fast ein alter Hut ist, in dem klassische Wirtschafts- und Arbeitsmarktmodelle neu gedacht werden, in dem wir aber vielleicht auch selbst nicht so genau wissen, wo unserer Platz ist. Irgendwo gefangen zwischen den „weisen Alten“ und der schon in den Startlöchern stehenden nächsten Generation. Was genau uns neben Flüchtlingskrise, Integration, Bildung, Mobilität etc. noch bewegt – darüber sprechen wir in dieser Ausgabe. Neben kritischen Analysen finden aber auch hoffnungsvolle Ausblicke ihren Platz.

Im Umbruch ist auch das gesamte Heft. Ihr lest also dieses Heft „Under Construction“ – Der Relaunch wird aber nicht auf unbestimmte Zeit verschoben, sondern zeigt im nächsten Jahr seinen Glanz. In diesem Sinne wünsche ich euch viel Spaß bei der hoffentlich erkenntnisreichen Lektüre und ein frohes neues Jahr 2016. Ein Jahr, das unsere Lebensrealität sicherlich wieder prägen wird.



Eure Jeanine



Zur Sachlichkeit verurteilt

Die Flüchtlingspolitik der JuLis

Der Zustrom von Flüchtlingen nach Deutschland ist das beherrschende Thema in der politischen Debatte. Auch im Jahr 2016 werden Politiker aller Parteien über den richtigen Weg diskutieren, wie mit der Einreise von über einer Million Menschen im Jahr 2015 nach Deutschland umzugehen ist und welche Schlüsse daraus für die kommenden Jahre zu ziehen sind.

Die Jungen Liberalen haben in den letzten Monaten einige Forderungen beschlossen, die zu einer Entspannung der Situation beitragen können. In diesem Artikel geht es um die Vorstellungen der JuLis in der Flüchtlingspolitik.

Gleichzeitig soll der Versuch unternommen werden, die Vorschläge anderer Akteure, insbesondere der FDP, zu betrachten.

Sichere Außengrenzen oder offene Binnengrenzen?

Ein großer Teil der Verunsicherung und mangelnden Einigkeit unter den Mitgliedsstaaten der Europäischen Union in der Flüchtlingsfrage folgt aus deutschen Alleingängen in den vergangenen Monaten. Kurz nachdem Deutschland sich bei einem großen Teil der Menschen für zuständig erklärte, die über den Balkan bis nach Ungarn gelangt waren, führte

die Große Koalition temporäre Grenzkontrollen ein. Unsere europäischen Partner konnten daraufhin keine klare Linie mehr erkennen. Sie reagierten mit Abschottung und winken seither Flüchtlinge nach Deutschland durch, für die nach den ursprünglichen europäischen Regeln eigentlich selbst zuständig sind.

Für Liberale folgt daraus eine schmerzhaft Einsicht: Solange in Europa keine Einigkeit über den Grad an Freizügigkeit herrscht, gerät das gemeinsame Ziel offener Binnengrenzen in Gefahr. Ob bei Kriegsflüchtlingen oder bei solchen Menschen, die ein legitimes Interesse an der Verbesserung ihrer wirtschaftlichen Situa-

tion haben – eine gesamteuropäische Lösung setzt voraus, dass an sicheren Außengrenzen der EU eine Entscheidung über den Aufenthaltsstatus eines Menschen fällt.

Für uns kann das nicht heißen, dass Europa sich abschottet. Wir wollen ein humanitäres Visum einführen, welches Flüchtlinge schon im Ausgangsland beantragen können. Damit werden legale Fluchtmöglichkeiten geschaffen und Menschen sind nicht auf Schlepper oder gefährliche Fluchtwege angewiesen. Wer unabhängig davon nach Europa einwandern will, sollte dies außerhalb von Flucht und Asyl immer dann tun können, wenn er für den Arbeitsmarkt qualifiziert ist oder die wirtschaftlichen Voraussetzungen mitbringt.

Die beschlossene Verteilung von Flüchtlingen auf alle Mitgliedsstaaten der EU wird derzeit nicht umgesetzt. Finanzielle Anreize für die Aufnahme von Flüchtlingen müssen deutlich erhöht werden. EU-Mitgliedsstaaten, die Flüchtlinge aufnehmen, sollten dafür eine wiederum durch alle Staaten finanzierte Prämie erhalten. Wer partout keine Flüchtlinge aufnehmen will, beteiligt sich so zumindest an der Finanzierung. Auch sollte eine Verteilung von Flüchtlingen auf verschiedene Staaten langfristig durchgehalten werden. Dafür dürfen der Zugang zum Arbeitsmarkt und Ansprüche auf Sozialleistungen außerhalb des zuständigen Mitgliedsstaats erst nach einer mehrjährigen Wartezeit möglich sein. Das gilt auch in der Wartezeit auf die Entscheidung über den Antrag zur Anerkennung als Flüchtling.

Humanitärer Schutz nach FDP-Vorschlag

Bisher erhalten anerkannte Kriegsflüchtlinge in Deutschland einen auf drei Jahre befristeten Aufenthaltstitel. Bis zur Anerkennung muss mitunter eine aufwendige Prüfung durchlaufen werden. Die FDP schlägt nun vor, diese Prüfung zu vereinfachen und den Aufenthaltstitel zunächst nur für ein Jahr zu erteilen. Die Vorteile liegen auf der Hand: Eine Entlastung der Behörden und eine Rückkehrperspektive nach Kriegsende. Sollten internationale Konflikte aber länger andauern, müsste der humanitäre Schutz jedes Jahr von neuem geprüft werden. Wir sollten aufpassen, dass sich die Entlastung für die Behörden dann nicht ins Gegenteil verkehrt.

Je kürzer außerdem der bewilligte Zeitraum ist, desto geringer sind die Anreize, sich zu integrieren. Viele, aber nicht alle Menschen,

werden irgendwann in ihre Herkunftsländer zurückgehen. Für die Bleibenden gilt es, mehr Möglichkeiten zum Deutschlernen und mehr Anreize zur Beschäftigung zu setzen. Für Menschen, die die deutsche Sprache noch nicht beherrschen oder gering qualifiziert sind, bestehen auf dem deutschen Arbeitsmarkt hohe Hürden. Der kürzlich beschlossene Einheits-Mindestlohn trägt dazu bei, dass es für Flüchtlinge schwieriger ist, Arbeit zu finden. Neben allen Arbeitsverboten und Vorrangprüfungen müssen auch solche wirtschaftlichen Hürden für Beschäftigung abgeschafft werden.

Der von der FDP vorgeschlagene Status hat im Übrigen nichts mit dem Instrument der Duldung zu tun. Die Duldung heißt im Gesetz „vorübergehende Aussetzung der Abschiebung“ und ist gerade kein Aufenthaltstitel. Wer geduldet ist, hält sich illegal in Deutschland auf. Die FDP schlägt richtigerweise einen befristeten Aufenthaltstitel vor.

Optimismus ist mehr als „Wir schaffen das“

Seit einigen Monaten macht der seltsame Satz „Deutschland wird sich verändern“ die Runde. Doch wer erst im Sommer 2015 bemerkt hat, dass Deutschland sich in einem massiven Veränderungsprozess befindet, dessen politisches Urteilsvermögen darf mit Fug und Recht angezweifelt werden. Von der Alterung der Gesellschaft über die Digitalisierung der Wirtschaft bis zum Großprojekt der Energiewende – verschiedene Trends werden unser Leben verändern. Wer der Angst vor jeder Veränderung mit einem Verweis auf Flüchtlinge begegnet, der verspricht eine Gleichung, die am Ende nicht aufgeht.

Was löst die Flüchtlingskrise in uns aus? Sind es Angst, Endzeitstimmung und Lethargie? Oder ist es eine Aufbruchsstimmung, die uns zu institutionellen Reformen antreibt? Die derzeitige Lage fördert etliche Baustellen zu Tage: So liegen die Probleme der Flüchtlingsunterbringung oft genug an der deutschen Rechtslage und Bürokratie. Die Kommunen müssen dringend entlastet werden. Bundeseigene Grundstücke müssen zur Unterbringung von Flüchtlingen freigeben und die Kostenpauschalen pro Flüchtling auf die Höhe der tatsächlich anfallenden Kosten angehoben werden. Die Bearbeitungszeit von Anträgen zur Anerkennung als Flüchtling muss radikal beschleunigt werden. Dazu müssen mehr Be-



amte anderer Behörden an das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge abgeordnet werden. Die Behörde sollte außerdem Vorreiter bei der digitalen Aktenbearbeitung werden.

Fluchtursachen und Sachlichkeit

Neben den Ermutigungen durch die Bundeskanzlerin sind aus der Koalition verschiedene Stimmen zu hören, die sich mitunter stark widersprechen. Dazu kommt ein gefährliches Anwachsen ausländerfeindlicher Bewegungen wie AfD und PEGIDA. In einer solchen Situation sind wir Liberale zur Sachlichkeit verurteilt. Solange die Bekämpfung von Fluchtursachen nicht über punktuelle Aufklärungsmissionen und Luftschläge in Syrien hinausgeht, sollten wir die Menschen darauf vorbereiten, dass das Thema Flucht noch lange aktuell sein wird. Diesen Weg gilt es, mit konstruktiven Vorschlägen zu begleiten.

KONSTANTIN KUHLE (26) ist seit 2014 Bundesvorsitzender der JuLis. Er kommt aus dem Landesverband Niedersachsen und ist Rechtsreferendar in Hamburg.

Wer bin ich und wenn ja –



wie viele?

WM 2010,

10. Klasse, irgendwann im Sportunterricht. „Sag mal, Johannes. Für welche Mannschaft bist du denn eigentlich? Schon Deutschland, oder?“, wurde ich von einem Mitschüler in einer Art gefragt, die eigentlich nur eine Antwort zuließ. Ich wich trotzdem aus: „Für die Bessere.“

Es war klar worauf die Frage abzielen sollte. Deutschland oder Mexiko. Ich sollte mich entscheiden. Obwohl ich in Mexiko geboren wurde, durfte ich meinen Lebensmittelpunkt schnell nach Deutschland verlegen, sodass mich eigentlich nichts von einem deutschen Kind unterschied außer der Tatsache, dass ich zwei Staatsbürgerschaften hatte. Meine Eltern unterstützten das wo sie konnten. Durch Bücher, Dokumentationen und Erzählungen war ich darum schon im Kindergarten in der Lage – mit einer Mischung aus nicht nachvollziehbarer Sehnsucht und kindlicher Phantasie – von einem Land zu erzählen, dass ich gar nicht kannte. Für mich war es immer klar, dass zwei Herzen in meiner Brust schlugen: eines für Deutschland und eines für Mexiko. Zwei Vaterländer. Also sozusagen eine Regenbogenstaatsbürgerschaft.

Doch die Gesellschaft konnte oder wollte das nicht verstehen. Egal wo ich hinkam, ich galt immer als Ausländer. In Deutschland als Mexikaner, der sich allerdings ganz gut „integriert“ hatte, in Mexiko als der Deutsche, der in einer vermeidlich besseren Welt wohnen durfte. Daher wurde ich immer wieder gefragt, welches Land mir denn besser gefalle, wo ich mich mehr zuhause fühlen würde. Meist blieb ich den Fragenden eine Antwort schuldig, denn ich wusste und weiß es selbst nicht genau. Und ich will es auch gar nicht wissen. Ein Teil der Antwort würde mich verunsichern.

So wie mir geht es vielen in Deutschland. Auch das ist eine Lebensrealität junger Menschen. Knapp 4,3 Millionen Menschen besitzen in der Bundesrepublik zwei Pässe. Davon sind, laut dem letzten Zensus 2011, die meisten polnischer Abstammung, danach folgen Russen und Türken. Die Bundesregierung hat es sogar zuletzt erleichtert, die doppelte Staatsbürgerschaft zu erhalten: 2014 erhielten 53,6 % aller Einbürgerungen diese, auch wenn es – als Zuckerl für die konservativen Kräfte im Land – im Staatsbürgerschaftsrecht heißt, dass „Mehrstaatigkeit zu vermeiden ist“. Bisher ist es trotzdem so, dass Jugendliche sich mit spätestens 23 Jahren entscheiden müssen, welche Angehörig-

keit sie nun haben möchten. Was vielleicht manchen als Luxusproblem erscheint, betrifft in Wirklichkeit eine große Zahl an Menschen. Schon alleine 5% aller Neugeborenen, also 460.000, haben Eltern, die nach dem deutschen Recht keine Inländer sind. Sie sind damit Optionskinder, Kinder, die sich entscheiden müssen, außer ihre Eltern leben schon länger als 8 Jahre hier, sprechen Deutsch auf B1 Niveau des gemeinsamen Europäischen Referenzrahmens und haben den Einbürgerungstest bestanden. Alles ziemlich verwirrend.

Man fragt sich, was bringt eigentlich diese ganze Bürokratie? Das ist sicher kein Staat, der einem das Leben einfach macht. Im Internet lese ich, dass das Verständnis der deutschen Staatsangehörigkeit auf Vorstellungen des Kaiserreichs basiert und das vor den mickrigen Reformen im Jahre 2000 das System auf der Rechtsgrundlage aus dem Jahre 1913 aufbaut. Ganz schön verstaubt das Ganze. Inzwischen hat sich die Welt drastisch gewandelt. Europäische Union, Globalisierung, Internationalisierung – wir leben nicht mehr in einer Zeit, in denen wir Angst haben müssen, dass uns unser Nachbar überfällt, außer du besitzt eine Halbinsel im Schwarzen Meer. Es wird also Zeit, den Begriff Nationalität auf liberaler Ebene neu zu definieren, am besten so schnell wie möglich, bevor uns die tiefroten „Nie wieder Deutschland“, oder die rechtsbraunen „Mut zu Deutschland“-Populisten die Stimmung vollends vergiften.

Ja, ein liberales Konzept muss her. Eine Reform des Einwanderungsgesetzes, in dem auch die Einwanderung durch Geburt geregelt wird. Das allerdings scheitert im Moment noch an den Konservativen. Man müsse sich für ein Land entscheiden sagen sie. Man müsse doch eine Identität annehmen um damit die Loyalität zu einem Land unter Beweis zu stellen sagen sie. Es wäre ungerecht, wenn Ausländer zwei Staatsbürgerschaften haben dürften und Deutsche nur eine sagen sie. Mimimi. Wenn man sich aber die Geschichte des Landes anschaut, auf die so manch ein Zuwanderungsgegner stolz ist, merkt man wie absurd diese Argumente sind. Denn anscheinend hat sich seit der Zeit des Deutschen Bundes nie eine gesunde Identität zum eigenen Land entwickelt. Sind nicht die Niedersachsen im Norden den Holländern, und die Bayern im Süden den Österreichern viel näher, als sich beide gegenseitig? Ist der Ruhrpottler dem Sachsen nicht genauso fremd wie der Syrer? Mir kann doch



keiner erzählen, dass ein niederbayrischer CSUler eine „deutsche Leitkultur“ festlegt, an die sich auch der Berliner halten soll. Christian Lindner hat Recht. Der kleinste gemeinsame Nenner, auf den sich die Deutschen einigen können, ist der Rechtsstaat. Wer diesen respektiert ist Deutscher. Aus.

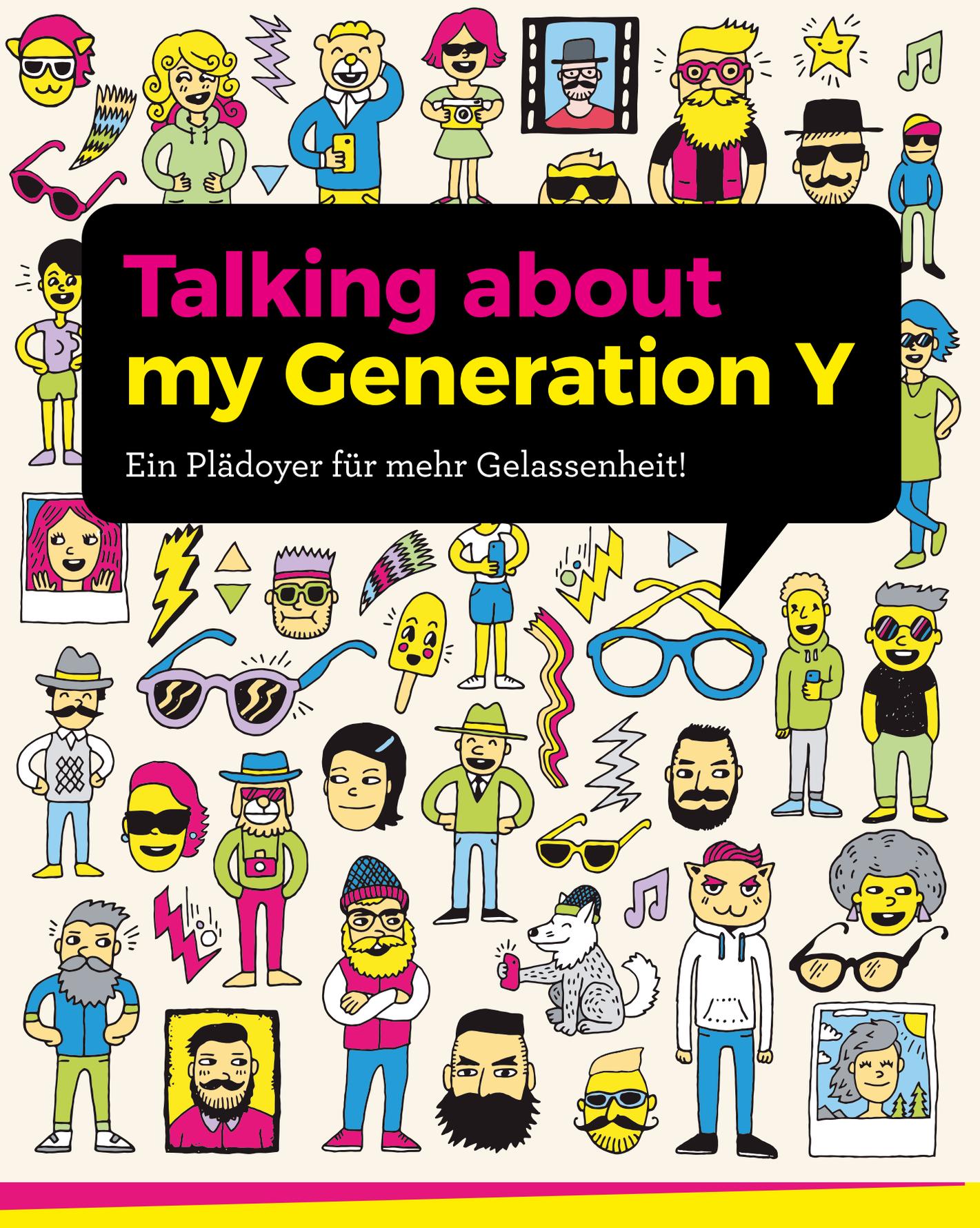
Während ich diesen Text schreibe, sitze ich gerade am Strand in Veracruz, meiner Geburtsstadt. Auch hier fühle ich mich irgendwie zuhause. Den meisten Internationalen, die ich hier treffe, ist die Staatsbürgerschaft herzlich egal. Hier gilt eine internationale Leitkultur. Diese besteht nicht aus Vaterlandsliebe oder das Denken in Nationalstaaten, sondern aus Höflichkeit, Freundlichkeit und Respekt. Ich finde, das sollte für alles gelten. Daher wage ich mich mal an eine ganz radikale These: Integration geht nur ohne Zwang. Gebt die Staatsbürgerschaften frei und lasst die Jugend in Deutschland das Leben leben, dass sie gerne haben möchten. Nationalitäten sind überholt. Außer vielleicht beim Fußball.

JOHANNES A. DALLHEIMER (21) ist Student der Wirtschaftswissenschaften und macht gerade ein Auslandssemester in Mexiko an der UNAM in den Fächern Volkswirtschaft, Geschichte und Politikwissenschaften. Er ist stellv. Bundesarbeitskreisleiter Gender und Diversity sowie Landesarbeitskreisleiter Wirtschaft und Soziales Bayern.

E-MAIL dallheimer@julius.de

FACEBOOK johannes.dallheimer

TWITTER juanesmex



Talking about my Generation Y

Ein Plädoyer für mehr Gelassenheit!

Werde ich mit meiner Ausbildung genug Geld verdienen können um eine Familie zu gründen? Werde ich in meinem Job glücklich sein? Habe ich mit meiner Studienwahl alles richtig gemacht? Hätte ich nicht noch ein Auslandssemester einlegen müssen? Was erwartet mich da draußen in der Arbeitswelt? Sind die fetten Jahre, die unsere Eltern erlebt haben, tatsächlich vorbei? Kurz vor Ende des eigenen Studiums stellen sich meinen Kommilitonen und ich mir solche Fragen.

Uns, also der „Generation Y“, wird von „Generationsexperten“ in Studien attestiert, dass wir gut mit Unsicherheit, Komplexität und Kontingenz (das auch-anders-Möglichsein) umgehen können und daher auch souverän in unserer eigenen beruflichen Zukunftsplanung agieren. Schließlich haben wir in unserer Jugend gelernt, Krisen, wie Terror, die Finanz- und Schuldenkrise, richtig zu bewerten und damit vernünftig umzugehen. Gerüstet mit unserer Krisenkompetenz und geleitet vom Streben nach Selbstverwirklichung versuchen wir uns als Egotaktiker einen Platz in der Arbeitswelt zu erkämpfen. Gelegentlich stoßen wir dabei auf Widerstände der älteren Generation, die unser Querdenken, unsere Weltverbesserungsabsichten und unseren eingebauten Burn-Out-Stopper, als falsches Autoritätsverständnis, jugendliche Naivität und mangelnde Resilienzfähigkeit missinterpretiert. Doch ist diese Beschreibung unserer Generation wirklich realistisch?

Ist es nicht so, dass manch einer bisweilen kopfflos in den Tag hinein lebt und andere Angst vor der eigenen Zukunft haben und daher zwanghaft Lebenslaufkosmetik betreiben.

Haben viele von uns zu Beginn ihres Berufslebens nicht das Gefühl, dass wie man es macht, man es nur falsch machen kann. Wer Qualitätssignale und Zertifikate erwirbt, dem wird unterstellt ausschließlich auf die Karriere fokussiert und überangepasst zu sein. Wer sich im Studium ein Semester Auszeit nimmt, dem wird schnell nachgesagt, zu wenig zielgerichtet zu sein und das eigene Vergnügen allem anderen voran zu stellen.

Chancen und Risiken des Arbeitsmarktes

Daher lohnt es sich, sich ganz nüchtern und sachlich anzuschauen, welche Chancen und Risiken der Arbeitsmarkt unserer Generation bietet und uns zu fragen, ob wir vielleicht doch ein wenig entspannter in die Zukunft schauen dürfen?

Während noch vor gut zehn Jahren das Thema Arbeitslosigkeit eines der zentralen politischen Themen war, ist sie Dank des demographischen Wandels, der Anpassung an die Globalisierung und der Flexibilisierung des Arbeitsmarktes (v.a. durch die sogenannten Hartz-Gesetze) seither kontinuierlich gesunken. Ein, wie von Götz Werner und anderen seit bereits Mitte der 1980er Jahren heraufbeschworenes, Ende der Lohnarbeit ist nicht in Sicht. Vor allem die Akademiker unter uns können zuversichtlich sein, Arbeit zu finden.

Gleichwohl wird sich die Arbeitswelt in den nächsten Jahren stark wandeln und sehr viel vielfältiger und undurchsichtiger werden. Der demographische Wandel und die Globalisierung führen zu weitreichenden Veränderungen. Waren früher Macht und Kapital erstrebenswert, werden zukünftig in unserer Gesellschaft Informationsverarbeitung, symbolische Analysen und Expertensysteme den Vorrang haben.

Wir sehen diese Veränderung schon heute. Überall im Arbeitsmarkt kommt es zu schöpferischer Zerstörung im Sinne von Schumpeter. Arbeitsplätze im produzierenden Gewerbe werden abgebaut, ganze Industrien, wie der Bergbau im Saarland werden eingestampft, während Bran-

chen, die vor allem nach kognitiven-analytischen (z.B. MINT-Fächler) und interaktiv-sozialen Fähigkeiten (z.B. Dozenten und Krankenpfleger) verlangen, händeringend nach Fachkräften suchen. Gerade für Regionen, deren vergangene wirtschaftliche Erfolge auf dem Ruhm einer Industrie, wie zum Beispiel der Textilindustrie, fußten, leiden schwer unter diesen Veränderungen. Einen solchen Wandelprozess braucht es aber dennoch, damit die deutsche Wirtschaft nach wie vor wettbewerbsfähig bleibt. Die Politik sollte daher nicht mit ambitionierter Strukturpolitik versuchen diesen Wandel aufzuhalten und einzelne Schlüsselindustrien gezielt fördern, sondern die Menschen und Unternehmen im Prozess des Wandels unterstützen. Hierzu ist es notwendig, ein politisches Umfeld zu schaffen, in dem Innovationen, gerade auch sozialer und organisatorischer Natur, und lebenslanges Lernen gefördert werden. Fortschritt und nicht Rückschritt sollte hier die Devise lauten.

Indes gibt es keine Tendenz dahingehend, dass die Arbeitsplätze insgesamt unsicherer werden, da sich vor allem der Wandel der Gesellschaft schleichend vollzieht und sich der Arbeitsmarkt erstaunlich gut selbst an die neuen Herausforderungen anpasst. Um gerade den Geringqualifizierten einen Einstieg ins Berufsleben zu ermöglichen, muss der Arbeitsmarkt flexibel bleiben. Ein zu hoher Mindestlohn und ein zu restriktiver Kündigungsschutz schützen daher häufig nicht die Schwächsten im System, sondern führen dazu, dass ihre Arbeitsplätze wegrationalisiert werden. Ferner muss jedoch auch berücksichtigt werden, dass einfache Tätigkeiten häufig Komplementärgüter für komplexere Aufgaben darstellen und auch in Zukunft geringqualifizierte Arbeitskräfte gebraucht werden.

Auch die Erwerbsformen werden sich verändern. Neben unbefristeten Stellen und Halbtagesarbeit, werden flexiblere Anstellungsformen wie Selbständigkeit und Projektorganisationen in Zukunft deutlich zunehmen. Wir werden nicht länger, wie das früher üblich war, mehr oder minder an ein Unternehmen gebunden sein und bei einem Jobwechsel mit erheblichen Nachteilen rechnen müssen. Wir werden stattdessen in Projektteams die Möglichkeit haben, uns immer wieder neu zu erfinden, aber auch die Verantwortung haben, dies immer wieder zu tun. Aber auch all diejenigen, die nach beruflicher Sicherheit streben, werden in Zukunft wieder mehr auf ihre Kosten kommen: Gerade für High-Potentials, werden langfristige Beschäftigungsverhältnisse wieder in Mode kommen. Denn wenn personengebundenes spezifisches Wissen der Schlüssel zum Erfolg ist, wird man als Unternehmen sehr vieles tun, um zu verhindern, dass die wichtigste Ressource des Unternehmens abends zur Tür hinaus spaziert und am nächsten Tag nicht wieder erscheint.

Insgesamt gibt es also wenig Grund, Angst vor der Zukunft zu haben. Gerade für all diejenigen, die bereit sind, in ihre Fähigkeiten zu investieren und sich neuen Herausforderungen neugierig entgegen zu stellen und die Zukunft aktiv angehen, wird der Arbeitsmarkt von Morgen mehr Chancen bieten als jeder Generation zuvor. Ein bisschen mehr Gelassenheit hinsichtlich der eigenen Lebensplanung würde unserer Generation und häufig vor allem auch mir vor diesem Hintergrund ganz gut zu Gesicht stehen.

LISA LENZ (25) macht ihren Master in Economics an der Universität Bonn und leitet den Bundesarbeitskreis Wirtschaft und Finanzen.

E-MAIL LisaCLenz@googlemail.de

„Setzen, sechs!“

6 – eine Zahl die im Schulalltag kaum jemand gerne hört. Eine Sechs ist Versagen, eine Sechs ist ein Fehltritt, eine Sechs ist schlicht und einfach ungenügend. Unser Bildungssystem liefert auch eine Sechs: Sechs Prozent der Jugendlichen eines Jahrgangs verlassen die Schule ohne einen Abschluss erreicht zu haben. Ob das auch eine entsprechende Schulnote verdient hätte? – Vermutlich nicht. Im europäischen Vergleich steht Deutschland damit im Mittelfeld. Eher so bei einer Drei bis Vier.

Doch der Vergleich ist hier unerheblich. Grundsätzlich muss gelten: Jeder, der das schulpflichtige Alter hinter sich gelassen hat,

sollte einen Abschluss haben. Ohne Schulabschluss sind die Zukunftschancen gering. Eine duale oder schulische Ausbildung beginnt nur ungefähr ein Viertel dieser Schulabgänger. Der Rest landet im Übergangssystem, unqualifizierter Erwerbstätigkeit oder direkt in der Arbeitslosigkeit.

Jeder Einzelne stellt dabei eine Verschwendung von Potenzial dar, die wir uns sowohl menschlich als auch finanziell nicht leisten können. Wir stehen vor der Aufgabe, ein Bildungssystem zu schaffen in dem möglichst jeder seine Potenziale erkennen und ausleben kann. Gerade auch Schüler aus Familien mit niedrigem sozioökonomischen Status. Diese gehen dreimal seltener auf ein Gymnasium, dafür allerdings fünfmal öfter auf eine Haupt-

schule, als Kinder mit einem hohen sozioökonomischen Hintergrund. Auch die Abbruchquote liegt deutlich höher. Der Bildungsbericht bestätigt dabei, was PISA uns schon lange zeigt: Die Bildungschancen in Deutschland hängen extrem vom familiären Hintergrund ab.

Um die Abbruch- und Durchfallquote also zu senken, müssen wir versuchen an der Wurzel des Problems anzufangen. Bildung muss früher ansetzen! Wenn Kinder mit fünf eingeschult werden, ist es meist schon zu spät um frühkindliche Defizite aufzuholen. Wenn ein Kind bei der Einschulung z.B. noch nicht korrekt Deutsch sprechen kann, wird es grundsätzlich Probleme haben den Stoff zu verstehen. Die Schule wird so geprägt durch Misserfolge, die natürlich keinerlei Motivation wecken. Individuelle Förderung im Kindergarten kann nicht aufholen, was im Elternhaus versäumt wurde. Allerdings kann dadurch die geistige Entwicklung ab dem Kindergarten beschleunigt und somit verhindert werden, dass diese Kinder komplett abgehängt werden. Dazu muss der begonnene Wandel des Kindergartens von einer Betreuungseinrichtung in eine Bildungseinrichtung konsequent umgesetzt werden. Der Betreuerschlüssel und die Gruppengröße in Kindergärten – insbesondere bei einem hohen Anteil von Kindern aus sozial schwächeren Familien – müssen für individuelle Förderung der Kinder angepasst und der Kindergarten in die Bildungspflicht integriert werden, sprich verpflichtend sein. Damit einhergehend müssen Kindergärten auch kostenlos werden.

Doch diese präventiven Ansätze im frühkindlichen Bereich werden für heutige Schüler nichts mehr verbessern und können auch alleine das Problem noch nicht lösen. Es gibt viele Gründe ohne Abschluss aus der Schule auszuschneiden. Dass Schüler zu „dumm“ für einen Abschluss sind, ist in der Regel keiner davon. Viele Kinder und Jugendliche haben Probleme in der Klasse oder mit den Lehrern oder haben aus anderen Gründen Angst in die Schule zu gehen. Andere haben den Anschluss verloren und fühlen sich überfordert. Manche haben Probleme in der Familie, die sie am Lernen hindern und andere sehen in jugendlicher Verblendung schlichtweg keinen Sinn im Lernen. Nicht alle, aber viele der Probleme sind lösbar. Woran es mangelt ist die Aufmerksamkeit der Lehrer, flexible Lösungen und neutrale Ansprechpartner. Schwänzen wird z.B. als Symptom für Schulprobleme angesehen. Über

fünfzig Prozent von regelmäßig schwänzenden Schülern gaben bei einer Studie jedoch an, dass Schwänzen für sie bisher keine Konsequenzen hatte. Wenn die Lehrer die Abwesenheit überhaupt bemerken, wird dies in das Klassenbuch geschrieben. In zu wenigen Fällen werden die Eltern einbezogen oder zumindest einmal vom Lehrer nachgefragt, warum denn gefehlt wurde. Das verleitet geradezu zum unentschuldigten Fehlen.

Was notwendig ist, ist eine gute Dokumentation über die Fehlzeiten und eine Intervention, sobald diese überhand nehmen. Diese sollte aus der Identifikation des ‚Warums‘ bestehen und zu individuellen Lösungen führen. So kann in manchen Fällen ein Klassen- oder Schulwechsel hilfreich sein, andere müssen die Motivation zum Lernen wiedergewinnen. Ansätze dazu bestehen in der Regel aus „Hands on“ Projekten. In praktischer Arbeit soll gezeigt werden, wozu man denn überhaupt lernt. Ein gutes und recht erfolgreiches Beispiel sind die Hamburger Produktionsschulen. Diese sind im Grunde „non profit“ Betriebe, die etwas herstellen oder Dienstleistung anbieten. Die Schüler werden in den Betriebsprozess für flexible Zeiträume – entweder als Ersatz der Schulpflicht, oder als Übergangsmaßnahme – eingebunden. Neben der Arbeit findet Unterricht statt, in dem versucht wird auf betrieblichen Dinge einzugehen. So verstehen die Schüler z.B. besser wozu sie Mathe brauchen, wenn sie eine Rechnung schreiben sollen. Zudem gibt das praktische Arbeiten ein direkteres Feedback, als Klassenarbeiten jedes Halbjahr. Es macht Fortschritte sichtbar und schafft Erfolgserlebnisse.

Wichtig ist es aber auch an Schulen Ansprechpartner zu schaffen, die keine Lehrer sind. Einem Schulsozialarbeiter können sich die meisten Schüler besser anvertrauen, als einem Lehrer, der klar über den Schülern steht und – schlimmer noch – diese bewerten soll.

Manche Schüler wird man allerdings durch keine noch so pädagogisch wertvolle Maßnahme in die Regelschule eingliedern können. Deswegen ist es auch wichtig, dass der Weg zur Bildung nie verbaut ist. Egal wann jemand zu der Erkenntnis gelangt, dass ein Abschluss erstrebenswert wäre, muss es immer die Möglichkeit geben diesen nachzuholen.

Dafür gibt es viele Ansätze von meist privaten Trägern, die aus verschiedenen Töpfen gefördert werden. Probleme ergeben sich daraus, dass die Finanzierung oft nicht dauerhaft gesi-

chert ist, das Angebot stark vom Engagement vor Ort abhängt und es meist keine strukturierte Übersicht über die Angebote gibt. Darüber, ob diese Angebote staatlich finanziert werden sollten, lässt sich streiten. Ein Mittelweg wäre, Schülern in ihrer Laufbahn bis zu drei Anläufe zu einem Abschluss zu finanzieren. Wichtig ist jedoch vor allem, dass Finanzmittel nicht nur für ein Jahr – wie üblich ist – gewährt werden, sondern abhängig vom Erfolg der Maßnahme auch dauerhaft. Damit ergibt sich eine gewisse Planungssicherheit für die Träger und auch die Möglichkeit Mitarbeiter fest einzustellen. Gerade für Jugendliche mit schulischen Problemen sind feste Bezugspersonen essentiell.

So verschieden die einzelnen Projekte auch sein mögen, meistens beruhen sie auf einer höheren Individualität und Flexibilität als die Regelschulen. In kleineren Klassen kann jeder nach seinen Bedürfnissen unterrichtet werden. Auch wenn das oft erstmal heißt Leben zu lernen. Dabei wird durch die vielen unterschiedlichen Träger und die dezentrale Organisation eine flexible Struktur gefördert, die wesentlich besser an die Bedürfnisse der Schüler angepasst ist, als es ein staatliches System sein könnte. Wichtig wäre jedoch, eine Übersicht über die Angebote zu schaffen, sodass die potenziellen Schüler und das Jugendamt auch die individuell richtige Fördermaßnahme finden können.

Die Anzahl der Schulabbrecher und Schulabgänger ohne Abschluss sinkt seit einigen Jahren. Ab den Neunzigern wurde diese Problem erkannt und auch angegangen, zumindest in nachgelagerten Projekten. Prävention wird immer noch nur marginal betrieben. Auch wenn es bedeutet einiges an Geld zu investieren: Es wird sich lohnen! Es kann und darf nicht sein, dass Arbeitslosigkeit erblich bleibt. Und der einzige Ausweg führt über die Bildung!

MARIANNE SCHÄFER (26) hat ihren Master Mikroelektronik und ist Leiterin BAK Bildung und Kultur.

E-MAIL marianne.schaefer@posteo.de





Können wir Subkultur?

Vom Versuch der Politik cool zu sein.

Als die Piraten im Aufwind waren, waren wir JuLis oft grüngelb vor Neid. Sollte nicht die coole Hipsterszene, sollten Nerds, die nach Innovation streben, sollten Menschen, die nach krassen Reformen streben und für die Rechte des Individuums kämpfen wollen nicht zu uns kommen?

Punk, Hippies, Emos, Cosplayer, Polyamore, Skater, Gamer, Lifestyle-Blogger, Youtuber und das allumfassende Hipstertum: Es gab gefühlt noch nie so viele junge, alternative Bewegungen mit einem Drang nach Individualität und dem Wunsch einen anderen Lebensweg einzuschlagen. Ist das nicht unser Lebensgefühl von Freiheit? Toleranz, Welt-offenheit, Vielfalt und Selbstverwirklichung. Warum kommen die nicht zu uns?

Als Liberale sind wir in Deutschland eine wackere, kleine Minderheit. Wir selbst glauben wir wären die letzte Bastion, die „die liberale Flagge“ hochhält. Wie ein gallisches Dorf im Gefecht gegen ein Heer bürgerfeindlicher Bürokraten und das Moloch des nimmersatten Staatswesens.

Der Underdog ist schick, dank hartem Schicksal und taugt als Sympathie- und Identifikationsfigur. Das Leitmotiv „David vs. Goliath“, Untergrund gegen Establishment, die kleinen Leute gegen die Mächtigen, verwirklicht sich in jeder Generation der Film- und Literaturgeschichte aufs Neue. Liberté Egalité Fraternité: Es wehe der Geist der französischen Revolution. Doch an dieser Stelle muss man einen eklatanten Bruch zwischen der Selbst- und Fremdwahrnehmung der politischen Klasse feststellen: Die FDP wird gerade in jungen und rebellisch-progressiven Milieus mitnichten immer als Freiheitskämpferin gesehen - viel eher als eine Partei, die sich für die Inhalte und Werte für Funktionäre einsetzt. Auch der SPD fällt es zunehmend schwer ihr Eigenimage als Kämpferin der Arbeiterklas-

se zu verteidigen. Kein Wunder angesichts ihrer Repräsentanten, die aus akademisch-intellektuellen Milieus stammen und kaum einen eigenen Bezug zum echten Arbeitsleben vorweisen können. Selbst die Grünen haben beim langen Marsch durch die Institutionen einiges ihres Bürgerinitiativen- und Basisbewegungs-Charmes verloren. Die Stammwählerschaft ist längst wohlbetucht und bildet ein neues, fast schon bourgeoises Akademikermilieu, in dem man über Nicht-Bio-Essen die Nase rümpft und nicht versteht, wieso nicht jede*r sich Ökostrom und aufwändig produziertes Essen leisten will. In ökologisch orientierten NGO-Kreisen gelten die Grünen oft als unglaubwürdig und angepasst – aber wen solle man sonst wählen? Und immerhin ist die Tierschutz-, Umwelt- und Verbraucherlobby bei den Grünen am Ende am erfolgreichsten. Das ist Realpolitik – sexy oder kultig ist das längst nicht mehr.

RealpolitikerInnen sind nun einmal etablierte RepräsentantInnen, die für die Menschen und über ihre Köpfe hinweg entscheiden. Das Bild des Underdogs, Revoluzzers, Kämpfer für die Unterdrückten passt nach einem Reality-Check aber nicht wirklich.

Zulauf für die Widerstandskultur

Coole Szenen, Jugendmilieus und Subkulturen definieren sich eben nicht durch Individualismus und ein alternatives Lebensgefühl allein, sondern dieser ergibt sich erst aus der Abgrenzung zu Establishment, konservativen Traditionen und Mainstream. Das Prinzip Ausgrenzung und „gegen das Establishment“ sorgt bei der Linken und der AfD für Zulauf. Tabubrüche, die es schaffen die Mehrheitsgesellschaft anzugreifen und zu provozieren, verstärken ihre Position. Je mehr Ablehnung extreme Parteien dann erfahren und je mehr sie angegriffen werden, desto mehr spielt das den Narrativen „Wir sind das Volk“ und „Die da oben“ in die Hände. Dies war nicht nur bei Diskussionen um ein Verbot der NPD stets der Fall, sondern verhilft der AfD bei der Initiative der GroKo, ihren Goldverkauf zur Parteienfinanzierung zu unterbinden, zu Aufmerksamkeit und Aufwind. Das David und Goliath Narrativ ist auch ein Grund warum es bei Themen wie TTIP so eine virale Widerstandskultur gibt, die auch Vereine, wie Mehr Demokratie e.V. und coole Ökoläden, wie LUSH ergriffen hat.

In der Start-Up Szene und unter Selbstständigen zeigen sich zarte Anfänge die FDP als Vertreterin ihrer Interessen zu sehen. Dies ist aber ein langwieriger Prozess. Viel Skepsis bleibt. Mit Hashtags, Slogans oder Memes kann man letztendlich selten neue Wählergruppen erschließen, sondern nur im 1. Schritt ihre Aufmerksamkeit gewinnen. Als Wähler und Multiplikatoren können wir sie erst dadurch gewinnen, dass wir wiederholt den Austausch mit Gründern suchen und Bereitschaft zeigen, eine fundierte Positionen zu entwickeln, statt nur mit PR und Buzzwords kurzfristig zu punkten.

Ernsthafte Dialoge statt Showpartizipation

Eigentlich ist es logisch: Respekt erntet man nicht, indem man sich den Wählern anbietet, sondern in dem man man selbst ist und eine klare Linie aufzeigt. Das bedeutet, einen ernsthaften Dialog eingehen, statt Showpartizipation zu bieten. Nur wenn man einer Wählergruppe längerfristig als politischer Partner Präsenz zeigt, die richtigen Fragen stellt und lernt die richtigen Antworten zu liefern, erarbeitet man Glaubwürdigkeit. Und das fehlt der Politik, auch den Liberalen, am meisten. Ein Grund warum die Grünen im Vergleich

zur Konkurrenz noch als einigermaßen glaubwürdig gelten: Mit „der Basis“, sprich aktivistisch-angehauchten Interessensgruppen, ist man jahrelang im Dialog gewesen und auch die Sakkoträger in x-ter Legislatur marschieren bei Demos noch immer mit.

Verrennt sich die Politik also im Versuch viral zu gehen und den Zeitgeist von immer mehr Zielgruppen in 140 Zeichen und einem quadratischen Bild wiederzugeben? Die Halbwertszeit eines Trending Topics fühlt sich zumindest immer kürzer an als die des Shitstorms. Das Meme und Zitat, das hat heute jeder basht oder hyped, oder um das man nicht herum zu kommen scheint, ist am nächsten Morgen oft schon altbekannt und abgenutzt. Anstatt den Anspruch zu haben dazugehören zu wollen und das Lebensgefühl vielfältiger Individualisten zu verkörpern, sollten wir andere Perspektiven auf liberale Politik einnehmen.

Hinter all den vergänglichen Trends, verschiedenen Styles, subkulturellen Nischen und Symbolen zur Abgrenzung gibt es beständige Sehnsüchte der Jugend: Die Dinge, die man können will, aber in der Schule nicht lernt. Der Traumjob, der wohl ein Traum bleibt, weil man die wesentlichen Schritte zum Erfolg nicht kennt. Weil im eigenen Umfeld niemand je so einen Weg ging. Dann die Deutschen mit nicht-deutschem Namen oder nicht westeuropäischem Aussehen, die sich immer noch als „integriert“ beweisen müssen. Die Jugendlichen, die ihre multinationale Identität leben wollen, ohne dass man deswegen ihre Zugehörigkeit zu Deutschland hinterfragt. Und auch eine Generation, welche die Wohlstandssteigerungen ihrer Eltern und Großeltern wohl nicht toppen wird, hat materielle Wünsche. Dabei geht es aber zunehmend weniger um das „haben“ als um „Sein“, das „Erleben“ und das „Machen“. Dem Drang nach Selbstverwirklichung kann der Liberalismus tatsächlich viel bieten.

Die Realität ist die: Die Jugend will keine jugendlichere Politik, sondern eine, die bestmöglich ihre Interessen vertritt. Nicht mehr und nicht weniger.

BERET ROOTS (30) ist Dipl.-Psychologin und leitet den Bundesarbeitskreis Gender & Diversity. Sie arbeitet als wissenschaftliche Mitarbeiterin an einem Kieler Institut für Gesundheitsprävention und Forschung.

EMAIL roots@julis.de

FACEBOOK b.for.beretta

TWITTER BeretRoots



Sharing is Caring?

Ein neuer Trend geht durch Deutschland, der Trend nicht mehr alles dauerhaft haben zu müssen, sondern es einfach nur ab und zu zu benutzen. Wohnungen, Autos und auch kleinere Gegenstände wechseln immer wieder den Besitzer. Ist das eine Entwicklung, die erst durch das Internet ermöglicht wurde und gab es das schon immer? Oder gibt es die Sharing Economy einfach nur, weil heute das reine Eigentum weniger ein Statussymbol ist?

Schon früher wurde viel geteilt, nur heute heißt es etwas moderner „Sharing Economy“. Wenn sich im letzten Jahrtausend mehrere Bauern zusammengeschlossen haben, um aus Kostengründen Landmaschinen gemeinsam zu kaufen, nannte man dies Genossenschaft. Auch meine Oma hat sich mit ihren Freundinnen Bücher und Zeitschriften geteilt. Warum sollte man ein Buch auch verstauben lassen, wenn man es gelesen hat, anstatt es gegen ein anderes einzutauschen? Und welcher Student hat nicht mal in einer Wohngemeinschaft gewohnt, also dem Teilen einer Wohnung gefrönt? Die berühmteste gab es bereits Ende der 60iger, die Kommune 1.

Heute kann man dank dem World Wide Web noch viel mehr, schneller und effektiver teilen, als früher. Wenn man sich vom Nachbarn eine Leier leihen möchte, klingelt man nicht mehr nebenan, sondern guckt in einer App nach, wer im nächsten Umkreis eine anbietet. Tinder für Handwerker sozusagen. Und wer eine Bleibe in einer fremden Stadt sucht, ruft nicht mehr beim örtlichen Reisebüro an, sondern guckt online nach Privatpersonen, die ihre Bleibe für kleines Geld anbieten.

Teilen gab es also schon immer. Heute hat es einen coolen, englischen Namen und durch unsere fast komplett digitalisierte Welt hat es eine ganz neue Dimension erhalten: größer, vielfältiger und auch professioneller! Die Nachbarschaft wird größer, aber die Welt wird kleiner, wenn alles nur einen Klick entfernt ist.

Also was macht das Teilen unserer Eltern anders, als das Sharen der Digital Natives? Die junge Generation legt weniger oder gar keinen Wert mehr auf die Statussymbole ihrer Eltern. Wie wichtig war es für frühere Generationen, irgendwann „Etwas“ sein Eigen zu nennen? Ein Mann muss ein Haus gebaut, ein Baum gepflanzt und ein Kind gezeugt haben. Von Teilen oder dem Nachbar etwas leihen ist da nicht die Rede!

Heute ist man eher bereit, auf bestimmte Eigentümer zu verzichten, wenn man nur immer Zugriff darauf hat, wenn man es benötigt – und das World Wide Web macht es möglich. Die Statussymbole der heutigen Generation sind Flexibilität und Spontanität! Die Flexibilität, mal eben eine Bohrmaschine zu leihen, wenn man eine braucht. Die Spontanität sich für eine Stunde ein Auto zu mieten, und es dann einfach stehen zu lassen. Und die Möglichkeit für günstiges Geld eine zentrumsnahe Unterkunft beim nächsten Städtetrip zu finden. Hier gilt der alte Spruch von Aristoteles: Reichtum besteht mehr im Gebrauch als im Eigentum.

Alles schick, möchte man meinen. Denn gerade für junge Menschen ist das moderne Teilen eine Möglichkeit, Dinge zu nutzen und zu erleben, die sie sich sonst nicht leisten könnten. Ein Auto für ab und zu für ein paar Cent pro Minute ist nunmal wesentlich günstiger, als der Unterhalt für ein eigenes Gefährt. Und der Städtetrip wird für jedermann erschwinglich, wenn man auf einer Couch schlafen und sich selber versorgen kann, anstatt in ein Hotel zu ziehen.

Sharing Economy ist „Plattformkapitalismus“?

Die meisten dieser Plattformen werden jedoch von kommerziellen Firmen betrieben, die damit hochprofitabel sind und so richtet sich ein Teil der Kritik gegen genau diesen Fakt: Die Sharing Economy sei lediglich eine Form des „Plattformkapitalismus“, der ausschließlich prekäre Arbeitsverhältnisse schafft, in denen die Personen, die daran mitwirken, ausgebeutet werden. Insbesondere an UBER entlädt sich hier der Zorn, da dieses Unternehmen Dienstleistungen unter Wert verkaufe und damit außerdem noch den Taximarkt kaputt machen würde. Oftmals sind jedoch diejenigen, die am lautesten gegen diese jungen Geschäftsmodelle

schreien auch diejenigen, die nur ihr eigenes Geschäft schützen wollen – und zwar durch staatlichen Protektionismus. Fakt ist auch, dass sich auch Plattformkapitalisten an geltende Gesetze halten müssen. Dazu gehören definitiv auch das Kartellrecht und Arbeitnehmerschutz, aber bestimmt nicht der Schutz von alt hergebrachten Geschäftsmodellen à la „Das haben wir schon immer so gemacht!“ und vor allem nicht vor Wettbewerb. So etwas macht moderne Geschäftsmodelle, von denen auch junge Menschen immens profitieren können, von Anfang kaputt.

Erst kürzlich sagte einer der Teilnehmer bei einer Veranstaltung des Regionalbüros Berlin-Brandenburg der Friedrich-Naumann-Stiftung zu diesem Thema, dass die Sharing Economy in Deutschland gar nicht funktionieren könne, weil man hierzulande einem „Vollkaskodenken“ unterläge. Deutsche würden sich nur wohl fühlen, wenn sie die 100%ige Sicherheit hätten, jemanden verklagen zu können, wenn dann doch etwas passiert. Ein spannender Gedanke, der auf den zweiten Blick aber genauso von gestern zu sein scheint, wie das Eigentumsdenken unserer Elterngeneration. Ein UBER-Fahrer mag keinen Personenbeförderungsschein haben und in einer Ferienwohnung von AirBnB hat man keine hell leuchtende Notausgangsschilder. Aber sind wir heute wirklich anders, unkomplizierter, risikofreudiger und eher bereit, Konventionen zu brechen? Oder siegt einfach nur die Spontanität über das Sicherheitsdenken? Auch hier sollten ausgleichende Regelungen gefunden werden, die sowohl Verbraucherschutz ermöglichen, als auch Wild West Manier beschränken

Scheinbar neue Geschäftsmodelle, die durch die Digitalisierung an Schwung gewonnen haben, sollten zu allererst begrüßt werden, anstatt dass man ihnen mit der üblichen Skepsis begegnet. Dann ist auch eine Regulierung möglich, die eine gesunde Mischung bietet: aus digital und analog, Innovation und Konservatismus, Spontanität und Planungssicherheit, Verbraucherschutz und unternehmerischer Freiheit. Man darf neue Geschäftsmodelle nicht totregulieren, weil sie möglicherweise mit ständischen Interessen kollidieren, sondern muss der jungen Generation die Chance geben, auf der einen Seite neue Geschäftsmodelle zu entwickeln und auf der anderen Seite von den Nutzungsmöglichkeiten zu profitieren, die früher vielleicht nicht denkbar waren. Bestandsgarantien und vorausseilende Verbote sind dabei genauso wenig hilfreich, wie komplett unregulierte Geschäftstätigkeit, die auf dem Rücken der Dienstleistenden ausgetragen wird.

Aber zu allererst sollten wir uns eines angewöhnen: Vertrauen! Vertrauen, dass nicht jeder, der eine neue Geschäftsidee ausprobiert, von vornherein alle ausbeuten will und das Streben nach Gewinn nicht per se eine schlechte Eigenschaft ist! Die Konsequenz aus diesem Vertrauen wäre erstens eine regulierte Selbstregulierung, die zuerst Innovationen und neue Geschäftsmodelle ermöglicht und nur dann eingreift, wenn wirklich ein Missverhältnis auftritt und nicht, weil die alten Kasten nach Protektionismus rufen. Und zweitens würde dies eine Willkommenskultur für Gründer schaffen, die neue Generationen nicht bestraft, sondern ermutigt!

JULIA HESSE (31) ist Rechtsanwältin mit dem Schwerpunkt IT-Recht und Datenschutz. Seit diesem Jahr ist sie die Bundesdatenschutzbeauftragte des Bundesverbandes.

E-MAIL liberal@juliahesse.eu

FACEBOOK JuliaHesseBerlin

WEBSITE juliahesse.eu

Digitale Bildung für alle!



mehr verweigern, da sie doch mittlerweile fast alle Lebensbereiche durchdrungen hat. Trotzdem muss man dafür sorgen, dass man Gruppen mit wenig Zugang nicht ausschließt: Es ist unabdingbar, dass die Menschen verstehen wie das Internet funktioniert, wie Algorithmen Entscheidungen treffen – denn ein Gerät zu bedienen bedeutet nicht unbedingt, dass man auch versteht, was das Handy oder der Computer tut oder wie ein Ergebnis entstanden ist. Nur wenn das der Fall ist, kann es möglich sein, dass alle an diesem Wandel selbstbestimmt teilnehmen und sich nicht als unbeholfener Spielball von Außen bestimmen lassen. Diese Selbstbestimmtheit ist nur realisierbar, wenn es Teilhabemöglichkeiten für jeden und jede gibt. Daher ist ein High-Speed Internetzugang Grundvoraussetzung für die Teilnahme am gesellschaftlichen Leben: Fehlendes Wissen muss leicht erwerbbar sein und über breitflächige Angebote alle Gesellschaftsschichten und Altersgruppen erreichen.

Auch wenn man die vielen Vorteile der Digitalisierung schätzt, erkennt man doch, dass dieser Prozess und die Anpassung für die meisten Bereiche und Branchen sehr schmerzhaft ist. In der Arbeitswelt bleibt das nicht ohne Folgen: Man erkennt, dass viele Menschen ihre Arbeit verlieren werden, ohne, dass sie absehbar eine Chance haben einen vergleichbaren Arbeitsplatz zu erhalten. Es wird etliche Berufe geben, die momentan noch sehr weitläufig sind, aber in naher Zukunft wohl vollständig verschwinden werden. In der Studie „The Future of Employment“ gehören Berufsbilder wie Buchhalter oder Einzelhandelsverkäufer zur aussterbenden Spezies und die menschliche Arbeitskraft wird durch digitale Angebote ersetzt. An dieser Stelle muss sich überlegen, wie man eine Gesellschaft gestalten soll, in der nicht für jeden Arbeit da ist. Dann ist z.B. die Einführung eines bedingungslosen Grundeinkommens oder vergleichbarer Modelle unabdingbar.

Bei allen großartigen Aspekten, die das Internet mit sich bringt, kommt immer wieder viel Pessimismus auf. Man ist begeistert, dass man auf einmal Firmen gründen kann, wofür man am Anfang nicht mehr benötigt als sein Wissen, einen PC, seine Ideen, das Internet und ein bisschen Eigenkapital. Nachdem einige Firmen auf diese Art und Weise mittlerweile sehr groß geworden sind, ist man bestrebt aufkommende Konkurrenz sich mit allen möglichen Mitteln vom Leib zu halten. Wettbewerb im digitalen Bereich ist allerdings möglich, wenn

alle Angebote weitgehend gleichberechtigt verfügbar sind und alle Teilnehmer die gleichen Markteintrittsbarrieren haben. So ein Kampf wird momentan um die Netzneutralität ausgefochten. Netzneutralität bedeutet, dass alle Daten bestmöglich und schnell zu einem gelangen. Eine Verlangsamung von bestimmten Daten eines Angebotes (z.B. Musikstreaming) bedeutet einen Eingriff in die vergleichbare Erreichbarkeit des Angebotes und vermindert drastisch die Möglichkeiten für die aufkommende Konkurrenz. Auch die Konzentrierung von Kommunikationsleistungen, Geschäftsportalen und Serviceleistungen auf einige wenige Konzerne, gibt diesen eine Marktmacht, die man durchaus kritisch sehen kann.

Die Omnipräsens der Technik ändert viele der bisher gültigen Spielregeln. Es kommt dabei zu vielen durchaus schmerzhaften, aber auch sehr positiven und angenehmen Veränderungen. Wer hätte je gedacht, dass es mal so einfach wird Kontakt mit so vielen Menschen in der ganzen Welt zu halten? Nachdem die Digitalisierung jeden unserer Lebensbereiche betrifft, ist sie zu wichtig um sie einigen globalen Firmen zu überlassen. Es muss jeder in die Position gebracht werden die Veränderung tiefgehend zu verstehen und mitgestalten zu können. Digitale Bildung für alle!

ANNETTE SCHNETTELKER (29) macht ihr Chemie-Doktorat in Exil in Wien und leitet den Bundesarbeitskreis Netzpolitik.

E-MAIL annette.schnettelker@julius.de

Der Einzug von Computern und Software hat mehr in unserem Leben verändert als die meisten neuen Technologien davor – und auch zukünftig verändern.

Als das erste benutzbare Smartphone für den Massenmarkt (das iPhone) eingeführt wurde, waren die Diskussionen von „Das braucht man doch alles nicht!“ und „Nett, was es alles kann, aber man wird doch nicht mit seinem Handy Pizza bestellen oder Kleidung einkaufen gehen“ bestimmt. Mittlerweile ist diese Art des Konsums nicht mehr wegzudenken. In den U-Bahnen beugt sich die Mehrheit der Fahrgäste über ihre kleinen Bildschirme, anstelle von Büchern oder Zeitschriften. Bei diesem Anblick wurde schon früh empört das Ende des Abendlandes ausgerufen. Das man 100 Jahre zuvor dieselben Klagen hörte, als die ersten Zeitungen verkauft und Bücher für breitere Massen erschwinglich wurden, wird selbstredend ignoriert.

Die Digitalisierung stellt alle möglichen Lebensbereiche auf den Kopf und verändert die bisherigen Spielregeln bis zur Unkenntlichkeit. Sie durchdringt die Verlagswelt, den Büchermarkt, den Zeitungsmarkt, den Einzelhandel und die Reiseverkehrsbranche, die Industrie, die Art, wie man kommuniziert. Für uns, die mit der Technik aufgewachsen sind und begeistert ihre Fortschritte beobachten, ist diese Entwicklung in der Regel mit viel Hoffnung und Optimismus verbunden. Für Menschen, welche diese Entwicklungen ignorieren oder nicht verstehen und verstehen wollen, ist dieser schnelle Wandel eher besorgniserregend.

Man kann sich dieser Entwicklung nicht





Mobilität im Wandel

1975 Ulrich wird 18 Jahre alt. Die Schulzeit ist bald beendet und das große Leben mit Bundeswehr und Studium stehen bevor. Durch Nebenjobs hat er sich den Führerschein erarbeitet, aber leider darf er alleine nicht mit der Familienkutsche fahren. Umso größer ist das Glück, als ihm sein Onkel den alten Kadett billig verkaufen will. Der lange geplante und erträume Campingurlaub in Italien lässt sich nur mit einem eigenen Gefährt realisieren. Auch heute noch erzählt Ulrich gerne von seinem ersten richtigen Urlaub mit Freunden.

2015 Maike wird 18 Jahre alt. Das Abitur ist bald geschafft und danach geht's für ein halbes Jahr nach Australien. Erstmals Work and Travel, und wenn noch Geld da ist, kann man vielleicht noch einen Backpacktrip durch Südostasien machen. Einen Führerschein hat sie zwar schon gemacht, aber ein eigenes Auto ist nicht geplant. Wenn alles gut geht, fängt sie in einem Jahr das Studium in München an und da braucht man eh kein eigenes Auto. Über Facebook und Skype hält sie in Australien Kontakt mit Familien und Freunden. Und auch später im Studium kann sie so mit ihrer Heimat kommunizieren. Nach Hause fahren muss sie deshalb also auch nicht mehr sooft.

Das eigene Auto. Früher der große Wunsch junger Menschen (18-35 Jahre). Heute hat das Auto seinen Stellenwert stark verloren. Trotz gleichbleibend hoher Führerscheinbesitzrate ist der Wunsch nach dem eigenen Auto nicht mehr ausgeprägt.

Mehrere Trends haben sich in den letzten Jahren gezeigt:

- ✓ Die Anzahl der mit allen Verkehrsmitteln gefahrenen Kilometer geht bei jungen Männern seit Jahren zurück. Bei jungen Frauen steigt diese hingegen. Jedoch wird es noch ein paar Jahre dauern, bis sich beide angeglichen haben.
- ✓ Die PKW Besitzrate junger Menschen nimmt kontinuierlich, bei Männern stärker, ab. Interessant ist auch, dass Akademikerhaushalte bei gleichem Einkommen eine geringere PKW Besitzrate aufweisen. Bei Menschen über 35 Jahren blieb die PKW Besitzrate in den letzten Jahrzehnten konstant. Die Anschaffung eines eigenen Autos wird einfach nur auf später verschoben.
- ✓ Autofahrer nutzen auch zunehmend andere Verkehrsmittel. Im Nah-, wie auch im Fernverkehr.

Insbesondere der letzte Punkt zeigt, dass sich Mobilitätstrends durchaus steuern lassen.

Während früher die autogerechte Stadt als Leitbild fungierte, wünscht man sich heute zunehmend die autofreie Innenstadt. Park+Ride Konzepte, erweiterte ÖPNV Angebote, neue Fahrradwege, Car- und Bikesharing, aber auch Semestertickets bieten eine Vielzahl von Alternativen zum eigenen Auto. Zudem kommt man in Ballungsräumen mit dem ÖPNV so häufig schneller von A nach B.

Im Fernverkehr dominierte das Auto noch in den 70er Jahren mit einem Anteil von 95%. Dieser Anteil ging kontinuierlich auf 65% zurück. Die Einführung von Schnellzügen führte zu einer Verlagerung des Fernverkehrs auf die Schiene. Die Entstehung von Billigairlines schuf eine weitere Alternative und im Januar 2013 wurde, dank der FDP, mit den Fernbussen eine neue Möglichkeit des Reisens geschaffen.

Insbesondere das Beispiel Fernbusse zeigt, wie schnell sich ein Markt entwickeln kann, sofern es der Gesetzgeber zulässt. Bereits 2014 nutzen 20 Mio. Fahrgäste die neue Beförderungsmöglichkeit. Besonders junge Menschen ließen sich schnell begeistern und stellen mit 60% den größten Fahrgastanteil. Der Erfolg der Fernbusse hängt zum großen Teil aber

auch von der Lage der Haltestellen ab. Liegen die Haltestellen zu weit abseits, steigen die Kunden dann doch lieber auf die Bahn oder ihr Auto um. Die Kommunalpolitik kann hier durch die Verlagerung von Haltestellen hervorragend auf den Markt einwirken.

Trends der Zukunft: Automatisiertes Fahren

Auch wenn der PKW bei jungen Menschen an Attraktivität verloren hat, bleibt er das Verkehrsmittel Nr. 1. In diesem Bereich finden derzeit gewaltige Veränderungen statt, welche den Gesetzgeber und auch uns JuLis beschäftigen werden. Zum einen wird Elektromobilität eine immer größere Rolle spielen. In meinen Augen wird allerdings das Thema „automatisiertes Fahren“ uns sehr viel mehr beschäftigen.

Bisher haftet der Führer eines Fahrzeugs bei Unfällen. Was aber, wenn ich gar nicht mehr selber fahre? Wer haftet dann? Der Hersteller oder der Fahrzeugführer? Hier lassen sich viele abstruse Szenarien entwickeln, doch wissen wir, dass in der Realität alles eintreffen kann. Mit der Beantwortung der Haftungsfrage steht und fällt das selbstfahrende Auto. Denn kein Hersteller würde sich derzeit trauen ein vollkommen autonom fahrendes Auto auf den Markt zu bringen, wenn er für jeden Unfall die Verantwortung trägt. Und selbst wenn diese Frage geklärt ist, kommen weitere auf: Sollte sich herausstellen, dass selbstfahrende Autos tatsächlich sicherer sind – was zu erwarten ist – kann einem dann verboten werden selber zu fahren?

Es existieren ja bereits Bremssysteme, welche ins Fahrverhalten eingreifen. Die Entwicklung zum selbstfahrenden Auto läuft über die Stufen immer besserer Assistenzsysteme mit immer größeren Eingriffen ins Fahrverhalten. Kann der Gesetzgeber nicht schon jetzt verlangen nur noch mit aktivierten Assistenzsystemen zu fahren?

Was passiert mit den ganzen Daten welche das Auto mit seinen Sensoren sammelt? Autohersteller arbeiten nicht nur an selbstfahrenden Autos, sondern auch an vernetzten Autos, die untereinander bzw. mit der Umgebung (Ampeln, Baustellen, etc.) kommunizieren sollen. Ab 2018 muss EU-weit jeder Neuwagen einen automatisierten Notruf (eCall) besitzen, welcher bei einem schwerem Unfall automatisch die Notrufzentrale alarmiert. Übertragen werden bei einem Notruf dann die Daten zum Fahrzeugtyp, Treibstoff, Unfallzeitpunkt, Fahr-

zeugposition und Insassenzahl. Herangezogen werden z.B. Daten von der Airbag-Steuerung, des ESP und zudem von Sitzbelegungs- und Überschlagnsensoren. Hier soll der Datenschutz noch gewährleistet sein. Aber wir wissen, dass Daten immer Begehrlichkeiten wecken.

Für mich als passionierten Autofahrer wäre es eine Horrorvorstellung, wenn das Auto ständig meine Fahrweise überwacht, aufzeichnet und die Daten, womöglich noch in Echtzeit, an die Versicherung oder den Staat übermitteln würde. Aber leider sehen es die Bevormunder auch hier anders. Es gibt auch schon Stimmen in der Debatte welche alle Entwicklungen begrüßen, da man dann z.B. alle Temposünder durch das Auslesen der Daten überführen kann. Wie ihr seht werden wir auch im Bereich Mobilität zwischen Freiheit und Sicherheit ausgleichen müssen. Für mich persönlich aber gilt: Im Zweifel für die Freiheit.

LOI VO (31) arbeitet als Chemiker und leitet den BAK Umwelt, Innovation und Infrastruktur. Außerdem engagiert er sich als Kreisvorsitzender der JuLis Regensburg

E-MAIL vo@julis.de

TWITTER @loi_fdp

Die Geschichte von Kiron

Flüchtlingskrise als Chance für die Gesellschaft
und die Liberalen

Das dominierende öffentliche Thema im Jahr 2015 steht fest. Es ist die Flüchtlingsdebatte. Die FDP warb für eine Willkommenskultur für die Geflüchteten. Doch im Verlauf der Zeit und mit dem mehr werden der Flüchtlinge, fing die FDP an ihre Position zu ändern. Das wording in Titeln änderte sich zu „Die Zahl der Flüchtlinge muss sich mehr als halbieren“ und „Frau Merkel hat Chaos gestiftet“. Die von den Jungen Liberalen und dem liberalen Vordenker Ralf Dahrendorf immer geforderten offenen Offenen Grenzen sind für die FDP und insbesondere Christian Lindner leider kein Thema mehr. Nun könnte man behaupten, dass es einfach sei Offene Grenzen in so einer Lage zu fordern ohne gleichzeitig Lösungen vorzuschlagen, wie man denn nun praktisch mit den Problemen umgehen soll. Doch es gibt Lösungen und eine entstand in den Köpfen junger liberal gesinnter Menschen, die eine Festung Europa für den falschen Weg hielten.

Lösungsorientiert und ganz im Sinne des neuen Leitbildes wurde daher von den Naumann-Stipendiaten Vincent Zimmer und Markus Kressler das Kiron Projekt gegründet. Kiron betreibt eine gemeinnützige Plattform die Geflüchteten den sofortigen Einstieg in ein Hochschulstudium ermöglicht und sie auf dem Weg an eine der vielen Partneruniversitäten mit Sprachkursen, psychosozialer Beratung und Mentor-Programmen unterstützt.

Anstatt sich abzuschotten, könnte man die meist jungen Geflüchteten zu gefragten Fachkräften ausbilden und Ihnen mit den Möglichkeiten der Digitalisierung neue Chancen eröffnen. Hierzu ist es wichtig die Hürden für einen Studienbeginn möglichst gering anzusetzen und daher genügt für den Studienstart ein unbürokratischer Nachweis des Flüchtlingsstatus. Darüber hinaus ist das Programm zunächst gebührenfrei und finanziert sich langfristig selbst über einen umgekehrten Generationenvertrag.

Im ersten Studienjahr erwerben die Geflüchteten die erforderlichen Sprachkenntnisse und eignen sich zusätzlich allgemeine Studienfähigkeiten in einem „Studium Generale“ an. Im zweiten Jahr bewerben sie sich dann auf Fachrichtungen, wobei der Schwerpunkt auf beruflich aussichtsreichen Studienfächern wie Wirtschaft und Ingenieurwissenschaften liegt und die Kurse überwiegend online absolviert werden. Diese Kurse werden von verschiedenen Partneruniversitäten wie unter anderem Harvard und dem MIT bereitgestellt. Im dritten Jahr folgt dann der Clou: Die Geflüchteten, die bis dahin alle Kurse erfolgreich bestehen, gehen an die Partneruniversitäten vor Ort zu ihrem jeweiligen Studien-

schwerpunkt. Sie füllen die Plätze der Abbrecher im ersten und zweiten Bachelor-Jahr in den Studiengängen der Partneruniversitäten auf und bekommen ihre bisher geleisteten Kurse anerkannt.

Am Ende erhalten sie einen offiziell akkreditierten Abschluss der Partneruniversität und werden im Anschluss von Kiron auch in der Vermittlung in den Arbeitsmarkt unterstützt.

Die Nachfrage des Arbeitsmarktes ist groß – für die ersten 1.350 Studienanfänger interessiert sich Google ebenso wie ein großer deutscher Autobauer. So wird Kiron mittlerweile vielfältig von Firmen nicht nur finanziell sondern z.B. auch mit der Bereitstellung von Laptops und Mentoren unterstützt.

Wie viele andere Flüchtlingsprojekte trägt sich Kiron vor allem durch das überragende Engagement vieler Menschen, die etwa kostenfrei professionelle Sprachkurse zur Verfügung stellen, Verwaltungstätigkeiten übernehmen oder an der Plattform der Universität mitarbeiten. Eine private Stiftung und die bislang größte soziale Crowdfunding-Kampagne Deutschlands sichern nun auch die Arbeit des Projektes bis 2020. Langfristig soll sich das Projekt über den umgekehrten Generationenvertrag tragen, bei dem ehemalige Studierende freiwillig 5% ihres Einkommens spenden und somit aus der liberalen Verantwortungsgedanken heraus zukünftige Generationen von Studierenden unterstützen.

Für Dahrendorf sind Chancengleichheit und freier Zugang zu Bildung essenzieller Bestandteil liberalen Denkens. Kiron möchte genau das sein: Eine Stätte der Hoffnung für junge und motivierte Geflüchtete, damit sie eine faire Chance bekommen ihr Leben durch den Bildungserwerb selbst zu gestalten und einen eigenen Beitrag an die Gesellschaft zurückzugeben.

ALICE SCHMIDT (25) studiert und leitet den BAK Internationale Politik sowie die Afrika-Gruppe bei den Jungen Liberalen.
E-MAIL Schmidt_alice@yahoo.de

VINCENT ZIMMER (25) ist Gründer von Kiron und Mitglied der Jungen Liberalen KV Göttingen.
E-MAIL Vincent.zimmer@Kiron.university

INFORMIEREN

Auf der Webseite von Kiron werden viele Fragen zu Ablauf und Inhalt beantwortet.

<http://kiron.university>

Israel verstehen lernen



Auf Einladung der israelischen Botschaft waren Ende November 180 junge Menschen aus Deutschland in Jerusalem und Tel Aviv. Anlass war das 50-jährige Bestehen der deutsch-israelischen Beziehungen. Für die Jungen Liberalen war Sven Hilgers dabei.

Reisen auf Einladung der Regierung folgen häufig einem einfachen Muster: Alles Gute wird gezeigt, alles Schlechte wird verschwiegen. Nicht so in Israel. Angekommen in Jerusalem heißt uns einer der berühmtesten israelischen Schriftsteller, David Grossman, willkommen. In seiner bewegenden Rede geht Grossman auf die zahlreichen Widersprüche des kleinen Landes im Nahen Osten ein und spart nicht mit Kritik an der aktuellen Regierung. Dabei gibt er uns auch die wohl wichtigste Botschaft für die kommenden Tage mit auf den Weg: „Erlaubt Euch selbst

Israels Vielfalt nicht gerecht wird und ein Mythos mit dem Dora Gold, Generaldirektor des israelischen Außenministeriums, brechen möchte. Israel sei kein „Ein-Themen-Land“. Eine offene, pluralistische Gesellschaft in einer lebendigen Demokratie mit zahlreichen Parteien inklusive einer arabischen Liste im Knesset sowie landschaftliche und kulturelle Vielfalt prägen ein Land schließlich genauso wie ein andauernder Konflikt. In den vergangenen Jahrzehnten hat sich Israel von einem Entwicklungsland zu einem Hightech-Standort entwickelt. Ein Veränderungsprozess der auch aus der Not geboren sei, erklärt uns G

ri-sha Alroi-Arloser von der deutsch-israelischen Handelskammer in einem Vortrag über die „Start-up Nation“ Israel. Mangels Wasserquellen mussten die Israelis zum Beispiel neue Wege finden, um Wasser mehrfach zu verwenden und Meerwasser trinkbar zu machen.



verwirrt zu sein. Israel ist ein einzigartiges Land.“ Tatsächlich liegen in Israel Angst und Zuversicht, Freude und Leid oder Hass und Liebe häufig dicht beieinander.

In der Altstadt von Jerusalem werden wir von bewaffneten Sicherheitsleuten begleitet während wir die beeindruckenden Gebäude und die Aussicht genießen. Der Gang durch die Gedenkstätte Yad Vashem in Andenken an das dunkelste Kapitel der jüdischen und deutschen Geschichte endet auf einem sonnendurchfluteten Ausblickspunkt. Während wir bedächtig schweigen, unterhalten sich junge Israelis angeregt und befragen uns zu unserer Reise. Israelische und palästinensische Mädchen spielen fröhlich miteinander Fußball im Peres Center for Peace. Nur wenige Tage vorher hat wieder eine Messerattacke an der Grenze in Jerusalem für Verletzte gesorgt. Es ist trotz der Umstände ein sehr lebendiges Land.

Nicht wenigen Menschen ist Israel nur aufgrund des Konfliktes zwischen Israel und den Palästinensern ein Begriff. Ein Blickwinkel, der

So entstanden neue Technologien für Wasser-Recycling und die Entsalzung von Meerwasser. Viele Start-up-Unternehmen sind zudem aus dem dreijährigen Militärdienst entstanden, den fast alle Israelis aufgrund der angespannten Lage ableisten müssen. Aus Problemen, die dort bearbeitet oder Beziehungen, die dort geknüpft werden, sind Innovationen entstanden, die weltweit genutzt werden.

Mittlerweile gilt Israel in den Bereichen Biotechnologie und Medizin weltweit als führend. Diesen Vorteil möchte die israelische Organisation „Save a Childrens Heart“ mit anderen Ländern teilen. Die humanitäre Organisation hat in den vergangenen Jahren Kindern mit Herzleiden aus 48 verschiedenen Ländern dringend benötigte medizinische Versorgung zukommen lassen. Entweder behandeln die Ärzte die Kinder im Wolfson Medical Center im israelischen Holon selbst oder verschaffen Ärzten aus Entwicklungsländern den Zugang zu Technologien und Fähigkeiten, damit sie selbst am offenen Herzen von Kindern operieren können. Wir treffen dort auf jüdische Ärzte, die sich das Vertrauen ara-



bischer Eltern erarbeiten, um deren Kindern zu helfen. Der Besuch bietet ein Bild der Vertrauensbildung, das in dieser krisengeplagten Region viel zu selten ist.

Den Abschluss der Reise markiert ein Treffen mit Ministerpräsident Benjamin Netanjahu. In seiner 90-minütigen Rede zeichnet der in den Vereinigten Staaten aufgewachsene Netanjahu das Bild eines Kampfes zwischen „den Kräften der Moderne und denen der Barbarei“. Mit erstem meint Netanjahu die offene Gesellschaft, wie die in Israel oder Deutschland. Die islamistischen Terroristen bezeichnet er als barbarisch oder mittelalterlich und ruft zum gemeinsamen Kampf auf: „Wir müssen all unsere Kräfte zusammennehmen, dürfen den Glauben an das nicht verlieren, was sie für unsere Schwäche halten: Unsere Freiheit, Kreativität und Lebensfreude. Unser aller Zukunft, nicht nur die Zukunft Israels, hängt von unserem Erfolg ab.“ Der Konflikt zwischen Israel und den Palästinensern erscheint in diesem größeren Kontext klein. Er sei offen für Verhandlungen mit den Palästinensern, doch brauche er dafür einen Verhandlungspartner, der nicht die Existenz seines Landes in Frage stellt. Die Existenz Israels anzuerkennen klingt banal. Doch so redet der Ministerpräsident eines Landes, das seine Existenz gegen mehrere Angriffskriege der Nachbarstaaten verteidigen musste und regelmäßig von Terroranschlägen betroffen ist.

In Deutschland wird häufig die Frage aufgeworfen, ob Kritik an Israel erlaubt ist. Selbstverständlich lau-



tet die Antwort ja. Doch pauschale Kritik an einem ganzen Land und dann noch so einem Vielfältigen ist nicht wirklich differenziert. Wer sich wirklich mit Israel auseinandersetzt wird gute, teilweise existentielle Gründe für die israelische Politik der vergangenen Jahrzehnte finden. Ein gutes Beispiel für differenzierte Kritik bietet zum Beispiel die Rede von David Grossman. Der israelische Schriftsteller wirft der Regierung vor, eine Politik der Angst zu betreiben und erläutert gleichzeitig seine Vorstellung von Israel. Auch er spricht über Israel als bedrohte Heimat. Doch könne es nur eine si-



chere Heimat für Israelis geben, wenn es auch eine sichere Heimat für Palästinenser gebe. Damit meint er die Zwei-Staaten-Lösung. Diese Lösung ist nicht verwirrend sondern deutlich – der Weg dahin leider noch nicht.

SVEN HILGERS (26) ist stellvertretender Bundesvorsitzender für Programmatik. In Israel war er das erste und mit Sicherheit nicht das letzte Mal.

Impressum

jung + liberal ist das MitgliederMagazin des Bundesverbandes der Jungen Liberalen. Es erscheint viermal jährlich. Zu beziehen ist jung + liberal per Abonnement, Mitglieder der Jungen Liberalen erhalten das Magazin automatisch im Rahmen ihrer Mitgliedschaft. jung + liberal wird gefördert aus Mitteln des Bundesministeriums für Familien, Senioren, Frauen und Jugend (BMFSFJ).

Herausgeber:
 Bundesverband Junge Liberale e.V.
 Reinhardtstraße 14, 10117 Berlin
 Telefon: (030) 680 78 55-0
 Telefax: (030) 680 78 55-22
 E-Mail: info@julius.de

Chefredaktion (V.i.S.d.P):
 Jeanine Weiss (jundl@julius.de)

Autoren:
 Johannes A. Dallheimer, Julia Hesse, Sven Hilgers, Konstantin Kuhle, Lisa Lenz, Beret Roots, Marianne Schäfer, Alice Schmidt, Annette Schnettelker, Katharina Schreiner, Loi Vo, Vincent Zimmer.

Auflage: 11.000 Exemplare

Gestaltung: Himmel & Jord, Berlin

Mit dem Namen des Autors versehene Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion wieder. Nachdruck mit Quellenangabe erwünscht. Belegexemplar erbeten. Für unverlangt eingesandte Fotos und Manuskripte übernehmen wir keine Haftung

Bei Fragen zur Ausgabe, für eine Aufnahme in den Autorenverteiler, bezüglich Leserbriefe und Blattkritik bitte einfach eine E-Mail an jundl@julius.de schicken.

Bildnachweise
 Sofern nicht anders ausgewiesen sind alle Fotos und Illustrationen
 © Julis/privat sowie Himmel & Jord GmbH, Berlin



FÜR UNSERE GESUNDHEIT

BRINGT ASSISTENZÄRZTIN
SILVIA HÖCHSTLEISTUNG.

WIR SAGEN DANKE.

Gemeinsam machen wir das deutsche
Gesundheitssystem zu einem der besten der Welt.
Erfahren Sie mehr unter www.pkv.de/silvia

**IHRE PRIVATEN
KRANKENVERSICHERER**